

Die "Goldenen Zwanziger"



Eine Million Mark: Reichsbanknoten aus den Jahren 1922/23. Foto: LMZ Baden-Württemberg

Kurzfristig entspannte sich die Situation, als 1921 und 1922 ein leichter Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen war, von dem auch die Industrien im Süden profitierten. Baden hatte zwar schwere Einbußen durch die Grenzlage und die fortdauernde französische Besetzung zu erleiden – Frankreich hatte einen Grenzstreifen zur Sicherung des Elsass dauerhaft besetzt, erst nach 1930 zogen die französischen Truppen ab –, allerdings ermöglichte die besondere Lage den zollfreien Warenverkehr mit Frankreich. Trotzdem blieb Baden bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und den Steuereinnahmen deutlich hinter Württemberg zurück.

Von langer Dauer aber war der Aufschwung in beiden Staaten nicht. Die Reparationen mussten in Form von Produkten (Kohle, Stahl) und Geld bezahlt werden. Um diese Schulden zu finanzieren, wurde von der Reichsregierung die Notenbank angewiesen, mehr Geld zu drucken, um die Schulden so bezahlen zu können. Allerdings führte diese Politik zur Inflation, zur raschen Geldentwertung. Da zu viel Geld gedruckt wurde und ihm kein realer Gegenwert in Form von Produkten gegenüberstand, musste man immer mehr Geld für das Bezahlen von Waren aufbringen. Die dadurch entstehende Hyperinflation von 1923 lähmte die Wirtschaft. Nach einer Stunde war das Geld nur noch einen Bruchteil Wert, Handel fand nur noch fast ausschließlich über Tausch statt. Erst 1924 konnte die Inflation durch eine Währungsreform gebremst werden, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit waren vielerorts die Folge. Auch die württembergische und badische Wirtschaft wurde schwer getroffen und erholte sich nur langsam.

Die politische Entwicklung in Baden und Württemberg

Die beiden Staaten Württemberg und Baden waren im Verhältnis zu Preußen recht kleine Flächenstaaten. Erste Pläne zur Schaffung eines gemeinsamen Südweststaates kamen daher schon kurz nach Kriegsende auf, ebenso wie ausgangs der Weimarer Republik. Der „Großschwabenplan“ argumentierte, der einheitliche Staat sei wirtschaftlich leistungsfähiger, könne Baden vor einem möglichen Angriff Frankreichs besser verteidigen und die berechtigten Interessen der Südländer auf Reichsebene besser artikulieren. Allein Chancen auf Umsetzung hatte der Plan nicht.

Nach der Bekämpfung der Hyperinflation folgte der politische Ausgleich mit den ehemaligen Kriegsgegnern. Auch dort hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Deutschland einen bewältigbaren Plan benötigte, um seine Schulden bezahlen zu können. Durch die Verträge von Rapallo und Locarno, durch den Beitritt zum Völkerbund und den Berliner Vertrag von 1927, der mit Russland abgeschlossen wurde, kehrte Deutschland wieder auf die internationale politische Bühne zurück. Das Land wurde wieder als souveräner Vertragspartner anerkannt, der Young-Plan und der Dawes-Plan sahen eine langfristige Zahlungsverpflichtung für die Begleichung der Kriegskosten vor, die nun aber insgesamt begrenzt und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands angepasst erschien. Insgesamt hatte sich also die „Erfüllungspolitik“ der weitblickenden Politikergeneration Anfang der 1920er Jahre ausgezahlt.



Porträt des ehemaligen
Staatspräsidenten Württembergs
Johannes Hieber, um 1900.
Foto: LMZ Baden-Württemberg

In Württemberg waren die politischen Spannungen nach 1920 auch auf die Regierungsebene durchgeschlagen. Die SPD trat aus der Regierung aus, obwohl man ihr die Stelle des Staatspräsidenten angeboten hatte. Die Staatspräsidenten Württembergs und Badens waren den heutigen Ministerpräsidenten vergleichbar, allerdings waren sie den anderen Ministern lediglich gleichgestellt und hatten eher moderierende Funktion. Zwar beriefen sie ihr Kabinett, dem das Parlament zustimmen musste bzw. sein Vertrauen entziehen konnte, Macht, Ideen umzusetzen und politisch zu gestalten hatten die Staatspräsidenten jedoch nur in sehr engem Rahmen.

Johannes Hieber gehörte der liberalen DDP an und bildete mit dem Zentrum ab 1920 in Württemberg die Regierung, nachdem die SPD bei der Landtagswahl unterdurchschnittlich abgeschnitten hatte. Zwar kehrte sie 1921 kurzzeitig in die Regierung zurück, konnte dort aber kaum Einfluss gewinnen. Trotzdem unterstützte die SPD die Minderheitenregierung von Hieber, um die politische Stabilität zu gewährleisten und das Kabinett regierungsfähig zu halten. Einige Reformen konnten die Regierung durchsetzen, so das Kirchengesetz verabschieden und die Sanierung der Staatsfinanzen angehen, indem der Verwaltungsapparat leicht verkleinert wurde. Weitergehende Reformen wie der Versuch einer Neueinteilung der Oberämter (den heutigen Landkreisen vergleichbar) scheiterte aber. An dieser Debatte zerbrach schließlich die Regierung. Das Zentrum verbündete sich mit der konservativen deutschnationalen Volkspartei mit ihrem neuen Staatspräsidenten Wilhelm Bazille. In Baden etablierte sich hingegen eine Regierung aus SPD und Zentrum, die während der ganzen Dauer der Weimarer Republik trotz der vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, weitestgehend handlungsfähig blieb.

Die kulturelle Moderne



"Arbeiter-Wohnhaus" von Le Corbusier in
der Weißenhofsiedlung, Rathenaustraße,
1930. Foto: LMZ Baden-Württemberg

Mitte der 1920er Jahre hatte sich die wirtschaftliche und politische Lage in Württemberg und Baden beruhigt. Die Straßenkämpfe hatten aufgehört, die Wirtschaft begann sich dank weiterer Modernisierung der Infrastruktur und der anziehenden Binnennachfrage wieder zu erholen und leicht zu wachsen, die Arbeitslosigkeit ging zurück. In dieser Zeit wurde ein Mythos geboren: Die Goldenen Zwanziger. Golden war die Zeit sicher nicht, vielmehr wurde sie durch viele Spaltungen geprägt. Konflikte zwischen Stadt- und Landbevölkerung, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Demokratie und Monarchie, links und rechts, sowie zwischen Tradition und Moderne teilte die Bevölkerung.

Für Kunst und Kultur allerdings war diese Zeit der Weimarer Republik außerordentlich wichtig. Stuttgart und Karlsruhe entwickelten sich zu überregionalen Kulturzentren. Stuttgart war neben seinen Operaufführungen berühmt als Stätte des expressionistischen Theaters wie die Kostüme des triadischen Ballets von Oskar Schlemmer noch heute eindrucksvoll belegen. Auch Willi Baumeister verbrachte Zeit in Stuttgart. Ideen des Bauhauses wurden aufgegriffen. Mit den Modellsiedlungen Weißenhof und Kochenhof waren das „moderne“ und das „konservative“ Bauen im Stadtbild prominent vertreten. Auch Karlsruhe zog Künstler an: Die Kunsthalle stellte Werke von Expressionisten aus, selbst die eher beschaulich arbeitende Karlsruher Majolikamanufaktur widmete sich der Kunst der klassischen Moderne. Den Künstlern kam die entspannte Stimmung in den beiden Staaten zugute. Die Regierung versuchte mehr oder weniger das Land zu reformieren, zu modernisieren und zu verwalten, größere Machtkämpfe zwischen den politischen Parteien, innerhalb der Regierung oder gar der Verwaltung wie in Preußen gab es in Württemberg und Baden nicht.

Heinrich Köhler

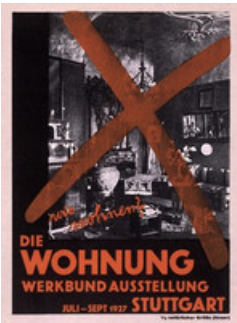


Bild: LMZ

Heinrich Köhler (1878-1949) war sowohl Staatspräsident Badens und Reichsfinanzminister der Weimarer Republik, als auch stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister Württemberg-Badens.

Zur *Biografie*.

Moderne Architektur



Stuttgart-Weißenhof: Plakat zur Werkbund-Ausstellung 1927 - Zeitgenössische Wohnung mit rotem Kreuz durchgestrichen.
Quelle: LMZ Baden-Württemberg

Zum Vergrößern *hier* klicken.

Friedrich Ebert



Bild: Bundesarchiv

Der erste Reichspräsident der Weimarer Republik Friedrich Ebert (1871-1925) galt den einen als "Vertreter der kleinen Leute", den anderen als "Novemberverbrecher".

Zur *Biografie*

Literaturhinweis



Michael Braun: Der Badische Landtag 1918–1933. Droste Verlag, Düsseldorf 2010. 646 Seiten. ISBN 978-3-7700-5294-3. EUR 78.-

Weitere Literatur finden sie [hier](#).

Dokument



Abdankungs-Erklärung von König Wilhelm II von Württemberg 30. November 1918.

Quelle: LMZ Baden-Württemberg

Zum Vergrößern [hier](#) klicken.

Wilhelm Blos



Bild: LMZ

Wilhelm Blos (1849-1927) wurde 1877 in den Reichstag gewählt. Durch seinen zurückhaltenden Reformkurs wurde er zur politischen Integrationsfigur und wurde letztlich zum württembergischen Landespräsidenten gewählt.

Zur [Biografie](#)

Dokument

Die Verfassung Württembergs.

Vom 10. September 1919.

Die Rechte und die Befugnisse der Landesversammlung wurden bei der am 10. Januar 1919 gewählten verfassungsgebenden Landesversammlung in der Verfassung Württembergs vom 10. September 1919 festgelegt und, nach Zustimmung der Versammlung der Deutschen Reiches, am 11. September 1919 in Kraft getreten. Die nach demselben als Beilage zu den Landesgesetzen veröffentlicht.

I. Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Württemberg ist ein deutsches Reichsland mit der Hauptstadt Stuttgart. Seine Staatsgrenzen sind mit den Reichsgrenzen identisch und sind im Anhang der Verfassung festgelegt.

§ 2. Die Landesversammlung ist die oberste Landesbehörde. Sie besteht aus den Mitgliedern der Landesversammlung.

§ 3. Die Befugnisse der Landesversammlung sind im Anhang der Verfassung festgelegt.

II. Abschnitt. Landesversammlung.

§ 4. Die Landesversammlung besteht aus 100 Mitgliedern.

Die erste Seite der Verfassung Württembergs von 1919.

Quelle: LMZ Baden-Württemberg

Zum Vergrößern [hier](#) klicken.

Das Land

Land
Landeswappen
Landeshymnen
Regionen
Geographie
Denkmale
Gedenkstätten
Erinnerungsorte
Ausflugstipps
Stadtwikis
Wege der Revolutionäre

Die Menschen

Menschen
Bevölkerung
Religionen
Dialekte
Traditionen und Bräuche
Küche
Persönlichkeiten
Hist. Persönlichkeiten

Geschichte

Landesgeschichte
Historische Territorien
Frühes 19. Jahrhundert
Kaiserreich
Weimarer Republik
Nationalsozialismus
Entstehung des Landes
Vertriebene in BW
Geschichte des Landtags
Demokratische Traditionen
Das Land wächst zusammen
Geschichte des Klimas
Besondere Themen

Politisches Leben

Politisches Leben
Verfassung
Wahlen
Parteien
Landtag
Landesregierung
Kommunalpolitik
Verwaltung
Bund
BW und die EU

Politikthemen

Politikthemen
Bildung und Wissenschaft
Gesellschaft und Soziales
Inneres
Kunst und Kultur
Landwirtschaft
Medien
Sport
Tourismus
Umweltpolitik
Verkehr
Wirtschaft

Literatur

Übersicht
Schriftenreihe der LpB
Landeskunde
Landesgeschichte
Landespolitik
Kultur und Soziales
Deutsche Geschichte
Politik und Internationales
Biographien
Regionales
Bildbände und Reiseführer
Literatur und Sprache
Krimis
Links

Folgen Sie uns auf

